

**UNIA**

**Die Gewerkschaft.  
Le Syndicat.  
Il Sindacato.**

# **Über den Tellerrand hinaus – Texte des gewerkschaftlichen Vordenkers Hans Baumann**



# Inhaltsverzeichnis

## 1. Verteilung und Mindestlöhne

---

Ende der sinkenden Lohnquote? Lohn- und Kollektivvertragspolitik in Europa. (2002)

---

Die Löhne in der Schweiz sind nicht zu hoch. (2005)

---

Die Umverteilung von Arbeit zu Kapital. (2006)

---

Mindestlohnpolitik in der Schweiz und in Europa. Gewerkschaftliche Lohnpolitik seit 1990. (2007)

---

## 2. Personenfreizügigkeit und flankierende Massnahmen

---

Für einen Baumarkt mit sozialem Schutz (1995)

---

Freier Personenverkehr und EU-Erweiterung. Genügen die flankierenden Schutzmassnahmen? (2005)

---

Chancen und Risiken des freien Personenverkehrs. (2005)

---

## 3. Globalisierung – Internationalismus

---

Weltwirtschaft verkommt zum Casino-Kapitalismus (1994)

---

Sozialdumping durch Liberalisierung des Welthandels? – Die sozialen und ökologischen Folgen der Uruguay-Runde. (1996)

---

Beschäftigungskrise und Globalisierung: zur Neuorientierung der aktuellen Gewerkschaftspolitik. (1998)

---

Globale soziale Sicherheit durch internationalisierte Sozialpartnerschaften (2001)

---

Euro-Betriebsräte – eine Gegenmacht. (2002)

---

## 4. Für ein soziales Europa!

---

Sozialabbau, Sozialdumping und Verteilungspolitik. Der Angriff auf den Sozialstaat in der EU und in der Schweiz. (1994)

---

Vom nationalstaatlichen zu europäischen Arbeits- und Sozialbeziehungen. Möglichkeiten und Grenzen der sozialen Dimension in Europa nach Maastricht. Das Beispiel der Bauwirtschaft. (1995)

---

Tarifverhandlungen im europäischen Baugewerbe – Entwicklung zu europäischen Tarifverhandlungen. (1997)

---

EU-Erweiterung ohne soziale Dimension? Zur Gefahr einer Amerikanisierung der Sozial- und Arbeitsbeziehungen. (2002)

---

Die EU- sozial oder neoliberal? Die Entwicklung in der EU und das Verhältnis Schweiz-EU aus gewerkschaftlicher Sicht. (2006)

---

## 5. Mitbestimmung

---

Neue Mitsprache-Projekte der EU – Mehr Demokratie in europäischen Unternehmen? (1999)

---

Mitbestimmung: Fortschritte in der EU, Stagnation in der Schweiz. (2000)

---

Wie die Gewerkschaften Europa demokratisieren (2008)

---

## 6. Gewerkschaftsstrategie und Arbeitsfrieden

---

Längerfristige Arbeitsmarktentwicklung und Gewerkschaftspolitik. (1977)

---

Von der „Relativierung des Arbeitsfriedens“ zu neuen Alternativen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik? Der Verzicht der Gewerkschaften auf eigene wirtschaftspolitische Vorstellungen als Folge des Friedensabkommens. (1987)

---

Bilanz 50 Jahre Arbeitsfrieden: Eine Sackgasse. Ein Kurswechsel ist nötig (1987)

---

Vertragspolitik in der Bauwirtschaft: Deregulierung auf Samtpfoten? (1992)

---

## **7. Ökologie, Bauwirtschaft und Wirtschaftspolitik**

---

Wie in der Bauwirtschaft die Beschäftigung gesichert werden kann. (1983)

---

Recht auf sinnvolle Arbeit. Gewerkschaften und grüne Gewerkschaftspolitik. (1988)

---

Zinspolitik statt Wirtschaftspolitik – einige Betrachtungen zur Stabilitätspolitik der Nationalbank. (1990)

---

Wirtschaftspolitik am Ende. (1991)

---

Ein ökologisch sinnvolles Beschäftigungsprogramm für die Schweiz. (1995)

---

Plattform für die Sicherung der Beschäftigung und der Qualifikation im Baugewerbe (1996)

---

Streit um das Investitionsprogramm 1997 (2002)

---

## **8. Migration und Integration**

---

Kollektive Vereinbarung und Verhaltenskodex – Neuerungen bezüglich Nichtdiskriminierung und Integration. (2003)

---

Die Migration und die Prekarisierungsfalle (2007)

---

## **Anhang**

---

Übersicht über alle Publikationen

---

# **7. Ökologie, Bauwirtschaft und Wirtschaftspolitik**



# Wie in der Bauwirtschaft die Beschäftigung gesichert werden kann

## Inhaltsverzeichnis

	Seite
Beschäftigung sichern – aber wie? . . . . .	5
Einleitung / Auftrag . . . . .	8
<b>1. Energiesparmassnahmen . . . . .</b>	<b>12</b>
<b>2. Eisenbahn . . . . .</b>	<b>15</b>
2.1. Neue Haupttransversale (NHT) . . . . .	15
2.2. Agglomerationsverkehr . . . . .	17
2.3. Bahnhofsanierungen. . . . .	19
2.4. Niveauübergänge SBB. . . . .	21
2.5. Privatbahnen . . . . .	22
<b>3. Landwirtschaft. . . . .</b>	<b>25</b>
Bodenverbesserungen (Meliorationen) . . . . .	25
<b>4. Wohnbausanierung . . . . .</b>	<b>27</b>
<b>5. Walderschliessung. . . . .</b>	<b>32</b>
<b>6. Sportanlagen. . . . .</b>	<b>35</b>
<b>7. Hotelrenovationen und Ersatzneubauten . . . . .</b>	<b>37</b>
<b>8. Strassenverkehr . . . . .</b>	<b>39</b>
8.1. Verkehrsberuhigung . . . . .	39
8.2. Radwegbau . . . . .	40
8.3. Strassenbau . . . . .	42
<b>9. Schutz vor Elementarschäden. . . . .</b>	<b>44</b>

<b>10. Lärmschutz</b>	46
10.1. Strassenlärm	46
10.2. Eisenbahnlärm	47
10.3. Lärm ziviler Schiessanlagen	48
<b>11. Alterseinrichtungen</b>	50
<b>12. Kraftwerksanierung</b>	52
<b>13. Umweltschutz</b>	54
13.1. Begrünung von Strassen	54
13.2. Heckenanpflanzungen	55
13.3. Abdeckung störender Bauelemente	55
13.4. Stützmauern der Umgebung anpassen	55
13.5. Erstellen naturnaher Wildhäge	55
13.6. Begrünung von Industrie und Gewerbebezonen	55
13.7. Brachland	56
13.8. Beseitigung wilder Deponien	56
13.9. Räumung zerfallender Alphütten	57
13.10. Heimatschutz	58
13.11. Naturschutzgebiete	58
13.12. Wanderwegnetz	58
13.13. Limnoökologische Anlagen	59
<b>14. Invalidengerechte Gebäudeeinrichtungen</b>	60
<b>15. Arbeitszeitverkürzung</b>	61
<b>Beschäftigungswirkung der erfassten Objekte</b>	64
<b>Anhang</b>	66-72

## Beschäftigung sichern – aber wie?

Die letzten Jahre haben deutlich gemacht, dass auch in der Bau- und Holzwirtschaft die bestehenden Arbeitsmöglichkeiten keineswegs garantiert sind. Bedingt durch konjunkturelle Schwankungen, Rationalisierung und einer Stagnation der Nachfrage sind die Arbeitsplätze zunehmend unsicherer geworden. Die GBH ist der Auffassung, dass das heute bestehende Angebot an Arbeitsplätzen in der Bau- und Holzwirtschaft erhalten bleiben muss. In den folgenden Abschnitten sollen Mittel und Wege aufgezeigt werden, wie dies geschehen kann.

### Arbeitsplatzentwicklung und Bauvolumen

Die jüngste Rezession hat zwar die Bauwirtschaft nicht so schwer getroffen wie die Krise der Jahre 1975/76. Die Beschäftigtenzahl ist aber doch wieder um über zehn Prozent zurückgegangen, was ungefähr 20 000 verlorenen Arbeitsplätzen entspricht.

Der permanente Rationalisierungsprozess trägt auch im Baugewerbe dazu bei, dass immer mehr Bauleistung mit weniger Beschäftigten ausgeführt wird. So waren die Bauinvestitionen unter Abzug der Bauteuerung 1981 fast genau gleich hoch wie 1971. Dieses gleiche Bauvolumen wurde aber 1981 mit 64 000 oder 25 Prozent weniger Erwerbstätigen erarbeitet als 1971.

Hinzu kommt, dass grosse Infrastrukturvorhaben der letzten Jahre, wie z.B. die Abwasserreinigungsanlagen und der Nationalstrassenbau am auslaufen sind. Neue, längerfristige und sinnvolle Bauvorhaben der öffentlichen Hand konnten mangels politischer Entscheidungen oder mangels finanzieller Mittel noch nicht in Angriff genommen werden.

Die Bedeutung der öffentlichen Bautätigkeit für die Bauwirtschaft zeigt, dass sich die GBH für einen gesunden Bundeshaushalt einsetzen und der Abbaupolitik bürgerlicher Kreise sowie dem Ruf nach «weniger Staat» entgegenstellen muss. Der öffentliche Bau, aber auch die öffentliche Förderung des Wohnungsbaus ist für längerfristige Sicherung der Arbeitsplätze wichtig.

Für die längerfristige Sicherung der Arbeitsplätze in der Bauwirtschaft sieht die GBH zwei wesentliche Ansatzpunkte:

- Wenn immer mehr Bauvolumen pro Arbeitskraft geschaffen wird, muss die Arbeitszeit sinken, um eine bessere Verteilung des vorhandenen Arbeitsvolumens zu erreichen und die Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen zu verhindern. Hier steht die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit im Vordergrund. Aber auch die Verkürzung der Lebensarbeitszeit über das Herabsetzen des Pensionsalters, längere Ferien und Bildungsurlaub sind anzustreben.

- Das heute bestehende Bauvolumen ist zu erhalten. Dabei soll nicht Arbeitsplatzbeschaffung um jeden Preis, z.B. um den Preis einer weiteren Umweltzerstörung betrieben werden. Es gibt jedoch zahlreiche Bereiche neuer Beschäftigungsmöglichkeiten für Bauleute, die einem echten Bedarf entsprechen und sozial nützliche und umweltgerechte Projekte umfassen. Vor allem die öffentliche Hand hat dafür zu sorgen, dass die Bauinvestitionen in diese Bereiche gelenkt werden.

### **Arbeitsplätze durch alternatives Beschäftigungsprogramm**

Allein der Produktivitätsfortschritt im Baugewerbe bewirkt, dass trotz gleichbleibendem Bauvolumen bis Ende des Jahrzehnts weitere zehn- bis zwanzigtausend Arbeitsstellen im Baugewerbe verloren gehen können. Durch die Einführung der 40-Stunden-Woche könnte der grösste Teil dieser Stellen, nämlich ca. 15 000 Arbeitsplätze, gesichert werden.

Ebenfalls ist das Niveau der gegenwärtigen Bautätigkeit zu erhalten. Alternative Bauvolumen in sozial nützlichen und umweltgerechten Bereichen sind genügend vorhanden, um alle Auftragsrückgänge im Tiefbau, z.B. infolge des auslaufenden Nationalstrassenbaus, ersetzen zu können. Die grössten und wichtigsten Bauvolumen, die auch aus der Sicht des Umweltschutzes zu befürworten sind, fallen im Bereich der Energiesparmassnahmen, des öffentlichen Verkehrs sowie der land- und forstwirtschaftlichen Strukturverbesserung an. Bezüglich Energiesparmassnahmen ist ein zusätzliches Investitionsvolumen von ca. 11 Milliarden Franken schon heute rentabel und könnte ca. 6000 Arbeitnehmer im engeren Baugewerbe zusätzlich während 20 Jahren beschäftigen.

Der Ausbau des schweizerischen Bahnsystems könnte ebenfalls tausende von Arbeitsplätzen sichern.

Auch der Investitionsbedarf im städtischen Agglomerationsverkehr, die Renovation von Bahnhöfen, die Eliminierung von Niveauübergängen und der dringende Investitionsbedarf der Privatbahnen würde ein weiteres Beschäftigungsvolumen von mehreren tausend Arbeitsplätzen während der nächsten 20 Jahre auslösen.

Für Strukturverbesserungen in der Landwirtschaft, insbesondere in der Alpwirtschaft, besteht ein Investitionsbedarf, der für 4000 bis 5000 Arbeitnehmer des engeren Baugewerbes während 20 Jahren Beschäftigung bringen würde. Auch die aus ökologischer und regionalwirtschaftlicher Sicht sehr sinnvolle bessere Waldnutzung und Walderschliessung würde 1500 zusätzliche Arbeitsplätze im Bausektor sichern. Bedeutende neue Beschäftigungsmöglichkeiten für Wald- und Holzarbeiter ergäben sich hier durch Aufforsten von Brachland.

Weitere, zum Teil sehr bedeutende sinnvolle Investitions- und damit auch Beschäftigungsmöglichkeiten bestehen in den Bereichen der Wohnbau-sanierung insbesondere auch in wirtschaftlich bedrohten Regionen und

Berggebieten, der Verkehrsberuhigung und des Lärmschutzes, des Rad- und Wanderwegbaus, verschiedener öffentlicher Infrastrukturaufgaben, Hotel-sanierungen, der invalidengerechten Sanierung von Gebäuden, des Heimatschutzes sowie der Umweltpflege und des Naturschutzes.

Wesentlich ist die Erkenntnis, dass Bauen nicht zwangsläufig Umweltzerstörung bewirkt, sondern dass bedeutende Bauvolumen wie energietechnische Sanierungen und Investitionen im öffentlichen Verkehr wichtige Beiträge zum Umweltschutz leisten können. Ein grosser Teil dieser Bauinvestitionen wäre sogar im betriebswirtschaftlichen Sinn rentabel und nicht von staatlichen Leistungen abhängig. Ein anderer Teil müsste von der öffentlichen Hand finanziert oder mitfinanziert werden. Die Auslösung dieser Bauvolumen scheitert in erster Linie an vorhandenen politischen und wirtschaftlichen Strukturen, deren Veränderung gerade aus gewerkschaftlicher Sicht dringend gefordert werden muss.

Zürich, im September 1983

Gewerkschaft Bau und Holz

# RECHT AUF SINNVOLLE ARBEIT

## GEWERKSCHAFTEN UND GRÜNE WIRTSCHAFTS POLITIK

HANS BAUMANN

Die GBH hat bereits 1983 ein Grundsatzpapier vorgelegt, das versucht hat, die Sicherung der Beschäftigung in der Bauwirtschaft mit ökologischen Zielsetzungen in Einklang zu bringen. Inzwischen sind diese Diskussionen weitergegangen. Im Moment ist das «grüne Beschäftigungsprogramm» in Überarbeitung und soll insbesondere auch im Hinblick auf die laufende Diskussion über das Bodenrecht (Stadt-Land-Initiative) neue Grundlagen liefern.

*«Die neue Entwicklung gibt uns die Chance, die alten Konflikte des letzten Jahrhunderts zu überwinden und anstelle dieses angeblich unüberwindbaren Konfliktes zwischen Kapital und Arbeit eine neue sozialpartnerschaftlich orientierte Gesellschaftsordnung zu setzen: statt Klassenkampf Partnerschaft, statt Konfrontation Kooperation, statt Gleichschritt Vielfalt, statt schematischer Regeln individuelle Wahlmöglichkeiten. Durch die technologische, wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Entwicklung ist der Gegensatz von Kapital und Arbeit überwunden worden; genau so kann es uns auch gelingen, durch den Einsatz moderner Technologien den Gegensatz von Ökologie und Ökonomie zu überwinden.»*

(Schweiz. Arbeitgeber-Zeitung 23, 9. Juni 1988)

Dieses Zitat zeigt deutlich auf, wie sich Arbeitgeberkreise und bürgerliche PolitikerInnen das neue, «postindustrielle» Wachstumsmodell des Kapitalismus vorstellen. Auf der Basis der Fiktion einer neuen, klassenlosen Gesellschaftsordnung soll der Konsens zur Durchsetzung des Wachstumsmodells gefunden werden. Die ökologische Frage wird in diesem Modell scheinbar

genauso problemlos überwunden wie die soziale.

Alex Krauer, VR-Delegierter der Ciba-Geigy, nannte dies am St. Galler Management-Gespräch kürzlich den neuen «Pakt mit der Vernunft, eine neue Solidarität», Solidarität mit wem? «Wir sind angewiesen... auf Konsumenten, die umweltbewusste Unternehmenspolitik honorieren und auf Sozialpartner, die bereit sind, die Lasten mitzutragen, die der Wirtschaft aufgebürdet werden» erklärte Krauer. Damit ist das mit der Solidarität klargestellt.

Leider sind es nicht nur VertreterInnen der Kapitaleite, die sich durch einen solchen neuen Wachstumspakt die Lösung der ökologischen Probleme erhoffen. Auch innerhalb der alternativen und grünen Bewegung gibt es nicht wenige «Modernisten», welche die soziale Frage als gelöset oder zweitrangig ansehen und auf die Interessenidentität mit dem Kapital bauen. Ausdruck einer solchen Haltung ist beispielsweise die Nein-Parole der Grünen Partei zur Initiative für die Herabsetzung des AHV-Alters, mit der sich die GPS auch als potentielle Bündnispartnerin der Gewerkschaften wohl für längere Zeit verabschiedet hat.

In der politischen Realität hat sich jetzt zwar gezeigt, dass die Annäherung zwischen grünen Modernisten und aufgeschlossenen Kapitalvertretern nicht so einfach ist. Zu erinnern ist hier z.B. an den jüngsten Rechtsschwenker grosser Teile der Bürgerlichen gegen die Koordinierte Verkehrspolitik und gegen Verkehrsberuhigungsmassnahmen.

### ÖKOLOGISCHE UND SOZIALE FRAGEN VERBINDEN

Die Gewerkschaftspolitik der nächsten Jahre darf sich nicht an dem eigenartigen Solidaritäts-Prinzip à la Ciba-Geigy orientieren. Wir müssen uns an einem Gesellschaftsmodell orientieren, das wirkliche Solidarität in den Mittelpunkt stellt, das heisst eine Spaltung der Gesellschaft in moderne AufsteigerInnen und solche, die die Zeche für diesen Aufstieg bezahlen, verhindert. Und dies auch im Sinne einer internationalen Solidarität, ein Aspekt, der in der Ökologiediskussion leider immer mehr unter den Tisch fällt.

Dies bedeutet auch, dass wir

an der Forderung nach Arbeitsplatzsicherheit und Verbesserung der Qualität der Erwerbsarbeit festhalten müssen, solange es noch keinen Ersatz für die existenzsichernde Erwerbsarbeit gibt. Ein ökologischer Umbau der Wirtschaft kann deshalb aus unserer Sicht nicht durch einen Ausstieg aus dem formellen Sektor geschehen, sondern nur durch einen Umbau innerhalb des Erwerbssektors. Gleichermassen ist aber auch klar, dass wir nicht mehr an einer Arbeitsplatzhalterung um jeden Preis festhalten können. Die Forderung nach Recht auf Arbeit im Erwerbssektor muss vielmehr erweitert werden zur Forderung nach «Recht auf eine sinnvolle Arbeit» in der gesellschaftlichen Produktion und der Forderung nach massiver Arbeitszeitverkürzung (in verschiedenen Formen) zur längerfristigen Sicherung der Beschäftigung.

Zur Durchsetzung eines ökologischen Umbaus der Wirtschaft ist es aus gewerkschaftlicher Sicht notwendig, auch Beschäftigungsalternativen aufzuzeigen. Die GBH hat bereits vor fünf Jahren erstmals das Modell einer «grünen Bauwirtschaft» vorgeschlagen, das auch in das gewerkschaftliche Aktionsprogramm eingeflossen ist. Inzwischen ist das Thema «Arbeit und Umwelt» in verschiedenen Gewerkschaften diskutiert und weiterentwickelt worden. Bei zahlreichen Gelegenheiten hat sich unsere Gewerkschaft auch aktiv zugunsten grüner Anliegen engagiert, so z.B. zugunsten eines Ausstiegs aus der Atomwirtschaft. Zur Zeit läuft die Diskussion über die Stadt-Land-Initiative an, über die Ende Jahr abgestimmt werden soll. Auch hier geht es darum, nicht der vereinfachenden Formel «die Initiative gefährdet unsere Arbeitsplätze» zu verfallen, wie dies zur Zeit vor allem vom Baumeisterverband beschworen wird. Vielmehr muss aufgezeigt werden, wie die Schaffung und Erhaltung qualitativ möglichst hochstehender Arbeitsplätze in der Bauwirtschaft mit den Anliegen günstiger Wohnraumbeschaffung und dem Landschaftsschutz verbunden werden kann.

### SCHRUMPfung DER BAUWIRTSCHAFT?

Wie verhält sich eine solche Politik, die sich an Vollbeschäftigung

«des neuen Typs», also in Verbindung mit dem ökologischen Umbau der Wirtschaft orientiert, zum Wirtschaftswachstum schlechthin?

Eine eindeutige Aussage lässt sich hier nicht machen. Alternative Beschäftigungsprogramme können kurzfristig durchaus einen Wachstumseffekt haben, da es im Bereich der Luft- und Wasserreinigung, des Landschaftsschutzes, der Versorgung mit Alternativenenergien und im öffentlichen Verkehr einen riesigen Bedarf gibt, den zu decken ökologischen Zielsetzungen entspricht und in vielen Sektoren auch ein gewisser «Reparaturbedarf» besteht. In vielen Regionen Europas – um hier jetzt nur von den Industriestaaten zu sprechen – mit Arbeitslosigkeit und Armut, gibt es zudem noch einen Mangel an sozialer Grundversorgung, der durch die Schaffung zusätzlicher, sinnvoller Arbeitsplätze behoben werden könnte.

Ökologischer Umbau der Wirtschaft bedeutet natürlich auch, dass einzelne Sektoren schrumpfen müssen, wie zum Beispiel die Rüstungsindustrie, die Automobilindustrie, der Strassenbau usw. Dies führt aber nicht zwangsläufig zu einem Rückgang der Wirtschaftstätigkeit insgesamt und schon gar nicht der Arbeitsplätze. Im Gegenteil: Verschiedene Studien belegen, dass auch ein radikaler ökologischer Umbau einen massiven Beschäftigungseffekt beinhalten kann. Die GBH-Studie belegt, dass dies für die Bauwirtschaft in einem ganz besonderen Mass zutreffen wird.

In Verbindung mit einer Neudefinition der Vollbeschäftigung sowie weiterer sozialer Anliegen wie Arbeitszeitverkürzung und Humanisierung der Erwerbsarbeit können GewerkschafterInnen für eine grüne Wirtschaftspolitik gewonnen werden. Dies ist auch eine Voraussetzung, um diese Anliegen realpolitisch überhaupt durchzusetzen und dem neuen Wachstumspakt des Kapitals wirklich eine Alternative gegenüberstellen zu können. Denn zur Durchsetzung solcher Forderungen braucht es politische Bündnisse, die ohne Gewinnung eines grossen Teils der ArbeitnehmerInnen und ihrer Organisationen kaum erfolgreich sein werden. ■

# Hintergrund

## Zinspolitik statt Wirtschaftspolitik

*einige Betrachtungen zur Stabilitätspolitik der Nationalbank*

**Die Zinsen schnellen in die Höhe, die Mieten auch. Mitverantwortlich dafür – und dies gewichtig – ist die Stabilitätspolitik der Nationalbank. Doch: was heisst das? Und: welche Alternativen hätten die Gewerkschaften zu dieser Politik zu entwickeln? Hans Baumann\* erklärt und schlägt Korrekturen vor.**

Seit einiger Zeit sind die Zinsen in der Schweiz in Bewegung. Die Zinssätze für kurzfristige Anlagen, die sehr rasch auf die konjunkturelle Lage reagieren, haben sich seit 1987 nahezu verdoppelt. Die Zinssätze für längerfristige Anlagen, also z. B. Obligationen und Hypotheken, reagieren etwas langsamer und ohne ganz so grosse Ausschläge. Aber auch sie haben sich bekanntlich in die Höhe entwickelt. Die Zinshausse freut die Kapitalanleger, die für das von ihnen zur Verfügung gestellte Geld mehr Zinsen erhalten. Leidtragende sind Mieter und Konsumenten, welche mit höheren Mieten und einer steigenden Inflationsrate konfrontiert sind.

Neben anderen Einflussfaktoren ist vor allem die gegenwärtige Geldpolitik der Nationalbank für diese Zinsentwicklung verantwortlich. Die Nationalbank begründet die restriktive Geldpolitik mit dem steigenden Inflationsdruck und der Notwendigkeit, die Konjunktur zu dämpfen. Diese Politik hatte allerdings bislang nur mässigen Erfolg. Die Inflationsrate lag in der Schweiz Ende 1989 über dem westeuropäischen Durchschnitt und die Kapazitätsauslastung von Industrie und Bauwirtschaft hat das volkswirtschaftlich erträgliche Mass längst überschritten. Aus gewerkschaftlicher Sicht müssen wir uns fragen, wie sich die Geld- und Zinspolitik der Nationalbank auswirkt, ob sie notwendig bzw. wirksam ist und ob es eventuell Alternativen zu dieser Politik gibt.

\* Hans Baumann, lic. rer. pol., ist Zentralsekretär der Gewerkschaft Bau und Holz (GBH).

## Zinshausse und monetäre Wirtschaftspolitik

Konjunkturpolitik in der Schweiz beschränkt sich zur Zeit fast ausschliesslich auf Geldmengenpolitik. Diese sogenannte «monetäre Wirtschaftspolitik» geht von der Theorie aus, dass die Nationalbank ein Geldmengenziel zu verfolgen hat, das der realen Wachstumsrate des wünschbaren, längerfristigen Wachstumspfad<sup>1</sup> der Wirtschaft entspricht. Mit diesem Mittel soll das Preisniveau stabilisiert werden, ohne dass der Staat direkt in den Wirtschaftsablauf eingreift. Ebenfalls erfolgt so eine gewisse Steuerung von Investitionen und Nachfrage, wobei diese Wirkung der Geldmengenpolitik umstritten ist.

Nach dem Börsenkrach im Jahr 1987 erhöhte die Nationalbank die Geldmenge überdurchschnittlich, um die erwartete Rezession aufzufangen und die Wirtschaft anzukurbeln. Die Rezession traf dann nicht ein und der Geldüberfluss führte zu einer Anheizung der Konjunktur. Die Nationalbank trat deshalb gegen Ende 1988 auf die Bremse und ging im Einvernehmen mit anderen Zentralbanken der Industrieländer auf einen restriktiven Geldmengenkurs. Dies geschieht jeweils durch die Erhöhung des Diskont- oder Lombardsatzes<sup>2</sup>. Dies bedeutet, dass die Privatbanken bei der Aufnahme von Krediten bei der Nationalbank mehr Zins bezahlen müssen. Die Privatbanken werden dann ihrerseits höhere Zinsen verlangen, wenn sie Kredite gewähren. Damit wird das Geld teurer und knapper, Investoren halten sich zurück, der Preisauftrieb wird gedämpft. Soweit die Theorie.

Die Geldmengenpolitik der Nationalbank ist sicher die wichtigste Ursache der gegenwärtigen Zinshausse. Die Schweizer Finanzmärkte sind aber auch je länger je mehr von internationalen Entwicklungen abhängig und das relativ niedrige Zinsniveau in der Schweiz ist daran, sich dem internationalen Zinsniveau anzupassen, das in den letzten zwei Jahren ebenfalls angestiegen ist. Die Tendenz zur Angleichung der Schweizer Zinssätze an das internationale Niveau wird wahrscheinlich in Hinblick auf den gemeinsamen europäischen Wirtschaftsraum noch zunehmen.

## Ziel nicht erreicht

In jüngster Zeit ist die Geldmengenpolitik der Nationalbank auch von liberaler Seite kritisiert und deren Wirksamkeit wegen der stark gestiegenen Teuerung in Zweifel gezogen worden. Die Überreaktion der Nationalbank nach dem Börsenkrach 1987 hing mit der allgemeinen Fehleinschätzung der Auswirkungen dieses Börsentiefs zusammen. 1988 war dann ebenfalls ein besonderes Jahr, da mit der Einführung des neuen Clearing-Systems zwischen den Banken (SIC) der Zahlungsverkehr erheblich beschleunigt wurde. Die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes wurde in einem Ausmass erhöht, das scheinbar von der Nationalbank massiv unterschätzt worden war. Externe Faktoren kamen hinzu, welche die Inflation anheizten. Neben den Preissteigerungen in anderen Län-



dern in jüngster Zeit insbesondere der Kursverlust des Frankens gegenüber der DM, der zu einer Verteuerung der Importe und somit zu einem Inflationsschub führte.

In Frage gestellt wird die Geldpolitik der Nationalbank auch wegen der Folgen für den Hypothekar- und Liegenschaftenmarkt. Das Ansteigen der kurzfristigen Zinssätze führt zu einer Umlagerung von längerfristigen (vor allem Spar- und Depositengelder) zu kurzfristigen Anlagen. Die Banken, welche 88 Prozent des Hypothekarmarktes beherrschen, machen nun geltend, dass die Finanzierung von Hypothekarkrediten durch langfristige, günstige Gelder ständig abnimmt und so die Zinsmarge, welche quasi den Verdienst der Banken ausmacht, sinkt. Damit rechtfertigen die Banken die Erhöhung der Hypothekarzinsen.

### **Stabilitätspolitik auf Kosten der Mieter und Konsumenten**

Das Hypothekergeschäft scheint sich aber für die Banken nach wie vor zu lohnen. Seit 1978 haben die Hypothekarguthaben der Banken um 163 Prozent (!) zugenommen. Seit 1987, also während der Phase steigender Zinssätze, nochmals um 12,3 Prozent.

Durch den hohen Anteil der Miete im Haushaltsbudget der Konsumenten und der quasi automatischen Überwälzung der höheren Hypothekarzinsse auf die Mieten schlagen sich die höheren Hypothekarzinsen stark im Konsumentenpreisindex nieder. Die Erhöhung der Zinsen von Althypotheken um 1 Prozent im Jahr 1989 hat sich im Novemberindex bereits in einer Erhöhung der Konsumentenpreise um 0,9 Prozent niedergeschlagen. Da damit noch nicht alle möglichen Mietzinsaufschläge berücksichtigt sind, ist ein weiterer mietzinsbedingter Anstieg der Konsumentenpreise im Frühling 1990 zu erwarten.

Die Geldpolitik der Nationalbank wirkt also hier kontraproduktiv und heizt die Teuerung an. Nun wird argumentiert, dass dies nur kurzfristig zutrefte und dass die höheren Zinsen längerfristig die Nachfrage dämpfen und somit auch die Teuerungsrate senken würden. Selbst wenn dies zutreffen sollte: Die Stabilitätspolitik wird so fast ausschliesslich auf Kosten der Mieter und Konsumenten gemacht. Die Hochzinspolitik ist verteilungspolitisch ungerecht: Sie belastet Mieter, Konsumenten und die Besitzer selbstbewohnter Eigenheime, welche die höheren Hypozinsen nicht überwälzen können. Kapitalanleger und vor allem natürlich auch die Banken gehören zu den grossen Gewinnern.

### **Kontrolle des Baubooms nötig**

Es ist erschreckend, wie wenig im Moment über Alternativen zur Hochzinspolitik der Nationalbank nachgedacht wird. Ein Grund mag darin liegen, dass seit ca. Mitte 1988 die Schweizer Wirtschaft tatsächlich gefährliche Überhitzungserscheinungen hat und ein Handlungsbedarf deshalb offensichtlich ist. Besonders krass zeigt sich dies in der Bauwirt-

schaft und am Liegenschaftenmarkt. Die Auftragsbestände und das Bauvolumen sind mit Wachstumsraten gestiegen, die wir seit den sechziger und siebziger Jahren nicht mehr gekannt haben. Die negative Auswirkung auf die Beschäftigten äussert sich in zunehmendem Zeitdruck und Stress, mehr Überstunden, grösserer Unfallgefahr. Zusätzlich muss befürchtet werden, dass der Bauboom das Baugewerbe über kurz oder lang in die nächste Krise führt und Arbeitsplätze mittelfristig gefährdet.

Der Liegenschaftenmarkt weist ebenfalls typische Überhitzungsmerkmale auf. Durch den Investitionsboom vor allem im Dienstleistungsbereich wurden die Liegenschaftenpreise stark in die Höhe getrieben. Die Inflation fördert zudem die «Flucht in die Sachwerte», wodurch sich die Bodenpreise nochmals erhöhen werden. Gleichzeitig ist der Leerwohnungsbestand auf ein Minimum gesunken und es gibt einen enormen Bedarf an günstigem Wohnraum insbesondere in den Agglomerationen. Die Hochzinspolitik der Nationalbank zielt denn auch insbesondere auf die Bauinvestitionen, welche ohnehin den grössten Teil der Anlageinvestitionen ausmachen. Bis heute war aber die dämpfende Wirkung relativ bescheiden und dies trotz einer Erhöhung der Bauzinsen und der Zinsen von Neuhypotheken um 1,25 Prozent innert eines Jahres. Ein Grund hierfür liegt darin, dass die höheren Zinsen weder den öffentlichen Bau noch den industriell-gewerblichen Bau stark beeinflussen. Der öffentliche Bau unterliegt vor allem politischen Entscheidungen. Die Bauinvestitionen von Industrie-, Gewerbe- und Dienstleistungsbetrieben werden oft selbst finanziert und richten sich nicht so stark nach den Kosten sondern nach den Ertragserwartungen. Bleibt der Wohnungsbau, der am ehesten den Zinsschwankungen unterliegt. Hier wird aber nun ausgerechnet jener Teil der Bauwirtschaft getroffen, der für einen echten Bedarf produziert. Der Wohnungsbau wird zurückgebunden, obschon es zu wenig Wohnungen gibt. Der Nachfrageüberhang nach Wohnungen wird also nicht abgebaut, was sich mietzinssteigernd für die bestehenden Wohnungen auswirkt. Dadurch werden also die Mieter gleich doppelt zur Kasse gebeten.

### Es gibt Alternativen

Eine Alternative zur Hochzinspolitik der Nationalbank wäre eine Wirtschaftspolitik, welche die Investitionsentscheide und damit den Konjunkturverlauf direkter beeinflusst. Die «klassischen» Mittel hierfür sind die Budget- und Fiskalpolitik bzw. die Steuerung der öffentlichen Bauinvestitionen. Schon der Nationalökonom Keynes hatte in den dreissiger Jahren herausgefunden, dass Krise und Inflation nicht allein mit der Steuerung der Geldmenge bekämpft werden können<sup>3</sup>.

Die GBH hatte bereits im Herbst 1988 einen entsprechenden Vorstoss gemacht und die Behörden aufgefordert, sich endlich «antizyklisch» zu verhalten. Das heisst, in der Ausgabenpolitik zurückhaltend zu sein und insbesondere nicht dringend benötigte Bauvorhaben aufzuschieben bis

die konjunkturelle Situation sich normalisiert hat. Zudem sollten realistische Terminvorgaben bei öffentlichen Bauvorhaben gemacht und Überstunden-, Wochenend- und Nachtarbeit nur in Notfällen bewilligt werden. Ebenfalls forderte die GBH arbeitsmarktpolitische und baurechtliche Massnahmen, um die private Investitionstätigkeit zu dämpfen. So sollte eine gewisse Verstetigung der Bauwirtschaft erreicht werden.

Leider wurde diesen Forderungen nur wenig nachgekommen, wenn auch von Bund und einigen Kantonen positive Reaktionen kamen. Grundsätzlich ist ein antizyklisches Verhalten bei den öffentlichen Körperschaften in der Schweiz nicht aktuell. Es wird Geld ausgegeben, wenn es vorhanden ist, das heisst in der Hochkonjunktur, und gespart, wenn weniger verdient wird und weniger Steuern anfallen. Viele Gemeinden senken zur Zeit auch die Steuerfüsse, obschon Steuersenkungen konjunkturbelebend wirken! Und die Wachstumsraten der öffentlichen Bauinvestitionen hielten in den letzten zwei Jahren wacker mit den privaten Bauvorhaben mit, d. h. heizten die Konjunktur zusätzlich an.

Das Bundesamt für Konjunkturfragen, in der Vergangenheit mehrmals bemüht, auf eine Verstetigung der Konjunktur hinzuarbeiten, verhielt sich in jüngster Zeit auffallend passiv und beschränkte sich auf die Organisation von Kursen und Seminarien. Dort hat man es scheinbar aufgegeben, in der gegenwärtigen Phase den Konjunkturverlauf aktiv zu beeinflussen und überlässt dieses Feld ausschliesslich der Nationalbank.

Eine aktivere Konjunkturpolitik wäre aber unerlässlich, um der verteilungspolitisch bedenklichen Hochzinspolitik der Nationalbank, die überdies von der Wirkung her fraglich ist, etwas gegenüberzustellen. Die Geldmengenzpolitik hätte dann die Konjunkturpolitik allenfalls zu ergänzen. Die Verantwortung für die Stabilitätspolitik würde so zumindestens geteilt.

Den negativen Auswirkungen möglicher Zinssteigerungen ist zudem zu begegnen, indem der Hypothekarzins der Preisüberwachung unterstellt wird. Ebenfalls sollte der Quasiautomatismus zwischen Hypothekarzinserhöhung und Mietzinserhöhung aufgehoben werden, wie dies zur Zeit auch von den Mieterverbänden gefordert wird.

<sup>1</sup> Unter dem längerfristigen, wünschbaren Wachstumspfad der Wirtschaft versteht man ein moderates Wirtschaftswachstum, bei dem die Wirtschaft im Gleichgewicht bleibt, d. h. weder Arbeitslosigkeit noch Inflation aufweist. Es handelt sich weitgehend um ein theoretisches Modell, das in der kapitalistischen Marktwirtschaft kaum je der Realität entspricht.

<sup>2</sup> Der Diskontsatz ist jener Zinssatz, zu dem die Nationalbank Wechsel diskontiert, d. h. von den Geschäftsbanken Wechsel aufkauft. Zum Lombardsatz werden von der Nationalbank Kredite gegen Hinterlegung von Wertschriften gewährt.

<sup>3</sup> Die Lehre von Keynes besagt, dass der Staat in der Krise mit höheren Ausgaben und Defiziten die Wirtschaft ankurbeln, bei Inflation jedoch mit Einnahmenüberschüssen und höheren Steuern dämpfen müsse. Dies war eine der Grundlagen der Wirtschaftspolitik in den fünfziger und sechziger Jahren.